



Saubere Energie für alle Europäer

Briefing Rebecca Harms, MEP, 16.1.2018

In dieser Woche wird im Europaparlament über drei Gesetze abgestimmt, die die Energie- und Klimapolitik des nächsten Jahrzehnts bestimmen werden:

- Richtlinie für Erneuerbare Energien
- Richtlinie für Energieeffizienz
- Governance-System der Energieunion

Die Welt hat sich in Paris verpflichtet den Klimawandel auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen unter 1,5 Grad zu bleiben. Das bedeutet, dass wir nur noch eine sehr begrenzte Menge Klimagase freisetzen dürfen. Verschieben wir ehrgeizige Maßnahmen auf die Zeit nach 2030, wird uns das anschließend teuer zu stehen kommen. Zum einen, weil die Einschnitte dann noch drastischer sein müssen und zum anderen, weil die europäische Industrie wichtige Chancen zur klimafreundlichen Erneuerung verpasst hat. Ein am letzten Wochenende durchgestochener Entwurf des Sonderberichts des IPCC zum 1,5 Grad-Ziel verdeutlichte zudem erneut, dass eine Vertagung von ehrgeizigen Klimaschutzmaßnahmen angesichts des rasch schwindenden CO₂-Budgets nicht mehr möglich ist.

Der Europäische Rat bleibt jedoch mit seiner Zielsetzung von 27% Erneuerbare bis 2030 und 30% Effizienzsteigerung deutlich hinter dem zurück, was notwendig und machbar ist.

Richtlinie für Erneuerbare Energien (Josè Blanco Lopez (S&D), Bas Eickhout (Greens/EFA))

- Der Bericht erhöht das EU-weite Ausbauziel für Erneuerbare auf 35%. Allerdings sind keine national verbindlichen Ziele vorgesehen und in gut begründeten Ausnahmefällen dürfen Mitgliedsstaaten bis zu 10% von ihren Zielen abweichen.
- Der Bericht legt gemeinsame Regeln für die Förderung von Erneuerbaren Energien fest. Rückwirkende Veränderungen von Förderregeln sollen vermieden werden und technologiespezifische Förderung bleibt erlaubt. Sogenannte ‚one-stop-shops‘ sollen Verwaltungsaufwand und Genehmigungsverfahren erleichtern.
- Bürgerenergie wird gestärkt, indem Individuen und Kollektive das Recht zugesichert bekommen Energie zu produzieren, zu speichern und zu teilen.

Strittige Abstimmungen: Sehr kontrovers wird die Frage der Bioenergie in der bevorstehenden Plenarabstimmung sein.

- Der Bericht sieht zwar für 2021 ein Ende der Nutzung von Palmöl vor, versäumt es aber Nachhaltigkeitskriterien für die Nutzung von fester Biomasse einzuführen. Grüne und Umweltausschuss sahen einen schrittweisen Ausstieg aus Agrokraftstoffen vor. Teile der Konservativen Fraktion unterstützen nun aber Änderungsanträge, die sogar noch ein deutliches Wachstum schädlicher Agrokraftstoffe erlauben. Sozialisten, Liberale und ein anderer Teil der Konservativen wollen zumindest ein zukünftiges Wachstum und weitere Investitionen in den Bereich verhindern, indem sie den Anteil dieser Kraftstoffe auf den aktuellen Anteil begrenzen wollen.
- Grüne und S&D wollen Rundholz und Baumstümpfe von der energetischen Nutzung ausnehmen. Grüne wollen zudem die Praxis beenden, dass Holz in Kohlekraftwerken verbrannt wird, um Subventionen für Erneuerbare Energien zu erhalten.

Richtlinie für Energieeffizienz (Miroslav Poche (S&D))

- Der Bericht sieht eine Erhöhung des Effizienzziels für 2030 auf 40% vor und behält die Verpflichtung für Mitgliedsstaaten bei, den Energieverbrauch jährlich um 1,5% zu senken. Die Maßnahmen, die dieser Einsparung zugerechnet werden, müssen neu und zusätzlich sein. Der Transportsektor soll in diese jährlichen Einsparungen voll eingebunden werden.
- Die Renovierungsrate öffentlicher Gebäude soll zukünftig 3% jährlich betragen. Kommission und Rat wollen, dass dies nur für öffentliche Gebäude gilt, die von der Regierung genutzt werden.

Strittige Abstimmungen: Sowohl das 2030-Ziel als auch das jährliche Einsparziel werden angegriffen.

- Konservative versuchen das 40%-Ziel zu untergraben, indem sie Mechanismen vorschlagen, die letztlich de facto zu einem deutlich schwächeren Ziel führen. Zur Schadensbegrenzung haben Liberale und Grüne ein 35%-Ziel ins Spiel gebracht.
- Konservative versuchen auch die jährlichen Einsparziele auszuhöhlen indem sie Ausnahmemöglichkeiten erweitern, große Teile des Transportsektors freistellen und auch die Anrechnung von Maßnahmen aus früheren Perioden gestatten.

Eine Mehrheit aus S&D, Liberalen, Linken, Grünen und EFDD werden die Abschwächung des 2030-Ziels auf 35% aber nur akzeptieren, wenn die Vorgaben für das jährliche Einsparziel unangetastet bleiben.

Governance-System für die Energieunion (Claude Turmes (Greens/EFA), Michèle Rivasi (Greens/EFA))

Das Governance-System setzt den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik der EU. In Abwesenheit national verbindlicher Ziele für Erneuerbare und Effizienz, soll es dafür sorgen, dass die EU-Ziele dennoch erreicht werden.

- Der Bericht etabliert nationale Energie- und Klimapläne für 2030 und langfristige Strategien, um bis 2050 eine dekarbonisierte („net-zero“) Wirtschaft zu erreichen. Städte, Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger sollen in die Erstellung der Pläne und Strategien einbezogen werden.
- Sollten Mitgliedsstaaten deutlich von dem für die Zielerreichung notwendigen linearen Entwicklungspfad beim Ausbau der Erneuerbaren oder der Energieeffizienz abweichen, treten korrektive Maßnahmen in Kraft, um die europäische Zielerreichung zu garantieren.
- Zum ersten Mal etabliert der Bericht das Konzept von CO₂-Budgets in europäischer Gesetzgebung, um festzustellen, wie viel CO₂ noch ausgestoßen werden kann, wenn die Pariser Ziele erreicht werden sollen. Die Kommission wird beauftragt den fairen Anteil der EU am globalen Gesamtbudget zu ermitteln.

Strittige Abstimmungen: Konservative versuchen das Ziel der „net-zero“-Wirtschaft bis 2050 auf eine 80-95%ige CO₂-Reduzierung abzuschwächen. Dies wäre nicht mit den Zielen des Paris-Abkommens vereinbar.